

Die Europawahl 2024: Mehr als ein Rechtsruck

Manuel Müller*

In the 2024 European Parliament elections, far-right parties made gains in many member states and won a higher overall seat share than ever before. In addition, the much discussed “rise of the far right” also changed the debate among the other parties and led to the end of the consensus on the “cordon sanitaire” in the European Parliament. However, the shift to the right was not the only remarkable characteristic of the election. This article provides an overview of the main aspects that marked the election and affected the political constellations of the new electoral period.

Will man eine gesamteuropäische Geschichte der jüngsten Europawahlen erzählen, so könnte diese in etwa so aussehen: Die Wahl 2014¹ war geprägt von der europäischen Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise. Die politischen Kräfte, die zuvor in den EU-Institutionen den größten Einfluss ausgeübt und sich am stärksten für den Austeritätskurs eingesetzt hatten – die konservative EVP² und die liberale ALDE³ –, verloren deutlich an Zustimmung. In den am meisten von der Krise betroffenen Ländern legten linke Parteien wie die griechische Syriza und die spanische Podemos zu, während in den nördlichen Nettozahler-Staaten vor allem europaskeptische Rechtsaußenparteien wie die deutsche AfD⁴ oder die britische UKIP⁵ profitierten.

Bei der Wahl 2019⁶ kam es dann unter dem Eindruck von Asylkrise, Brexit und der Klimabewegung „Fridays for Future“ zu einer Polarisierung entlang eines Gegensatzes zwischen Inklusion und Exklusion: Auf der einen Seite setzten sich vor allem die Grünen sowie einige (sozial-)liberale Parteien wie die französische LREM⁷ für eine dezidiert kosmopolitische Politik ein, die auch auf transnationale und transgenerationale Solidarität abzielte; auf der anderen Seite verschärfte die extreme Rechte ihren nativistisch-ausgrenzenden Diskurs.⁸ Während beide Pole dieses Cleavages zulegten, verloren die traditionellen Volksparteien. Nach der Wahl hatten die beiden stärksten Fraktionen – die EVP und die sozialdemokratische S&D⁹ – im Europäischen Parlament erstmals keine gemeinsame Mehrheit mehr.

Der Europawahl 2024 wiederum ging eine Reihe neuer Krisen voraus, die einen großen Teil der europäischen Bevölkerung noch unmittelbarer traf als die vorangegangenen: zum

* Dr. Manuel Müller, Senior Research Fellow, Finnish Institute of International Affairs, Helsinki.

1 Rudolf Hrbek: Europawahl 2014: Kontinuität und neue Facetten, in: *integration* 3/2014, S. 205–227.

2 Europäische Volkspartei.

3 Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa.

4 Alternative für Deutschland.

5 United Kingdom Independence Party (Unabhängigkeitspartei des Vereinigten Königreichs).

6 Rudolf Hrbek: Europawahl 2019: neue politische Konstellationen für die Wahlperiode 2019–2024, in: *integration* 3/2019, S. 167–186.

7 La République en Marche (Die Republik in Bewegung).

8 Vgl. Johannes Kohls/Manuel Müller: Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2019: drei Ursachen für die Transformation im europäischen Parteiensystem, in: *integration* 3/2019, S. 218–225, hier S. 219–221; Michael Kaeding/Manuel Müller/Julia Schmäler: Einleitung. Die Europawahl 2019: Ringen um die Zukunft Europas, in: Michael Kaeding/Manuel Müller/Julia Schmäler (Hrsg.): Die Europawahl 2019: Ringen um die Zukunft Europas, Wiesbaden 2020, S. 9–24, hier S. 11–12.

9 Progressive Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament.

einen die COVID-19-Pandemie zwischen 2020 und 2023, zum anderen die russische Invasion der Ukraine ab 2022, die sich in Europa auch in einer Energiekrise und einer Krise der Lebenshaltungskosten niederschlug. So sahen 93 Prozent der Befragten in einer Eurobarometer-Umfrage von Herbst 2022 die steigenden Lebenshaltungskosten als eines der drängendsten Probleme der Europäischen Union (EU).¹⁰ In einer anderen Umfrage im Herbst 2023 erklärten 47 Prozent der Befragten, dass ihr persönlicher Lebensstandard durch die Krisen gesunken sei; zusätzliche 26 Prozent erwarteten ein Absinken im Verlauf des nächsten Jahres.¹¹ Die damit verbundene Unsicherheit konnten nativistisch-exklusivistische Rechtsaußenparteien für sich nutzen, die sich gegen Einwanderung, gegen Rechte sexueller Minderheiten, gegen ambitionierte Klimaschutzmaßnahmen, gegen eine solidarische Impfpolitik und in vielen Fällen auch gegen die weitere Unterstützung der Ukraine profilierten. Auch wenn der medial viel diskutierte „Aufstieg der Rechten“¹² nicht viel steiler ausfiel als bei den beiden vorherigen Wahlen, wuchs der Anteil der Fraktionen rechts der EVP bei der Europawahl 2024 auf einen neuen historischen Rekordwert von mehr als einem Viertel aller Sitze im Europäischen Parlament.

Anders als 2014 und 2019 handelte es sich dabei auch nicht um eine Polarisierung, sondern um einen einseitigen Rechtsruck: Damals hatte jeweils die gemäßigt-konservative EVP-Fraktion verloren, während linke bzw. grüne und liberale Parteien, die den Rechtsaußenfraktionen diametral gegenüberstanden, dazugewannen. 2024 hingegen gingen die Gewinne der Rechtsaußenparteien nicht auf Kosten der EVP, sondern des Mitte-links-Lagers aus Grünen, Liberalen und S&D. Zusammengenommen fielen die Fraktionen links der EVP auf unter 45 Prozent der Sitze, ihr schwächster Wert in der Geschichte der Europawahlen.

Das ist jedoch noch nicht die ganze Geschichte. Auch in anderer Hinsicht stach der Wahlgang 2024 heraus: So äußerten die Europäer:innen im Vorfeld ein ungewöhnlich hohes Interesse an der Wahl, das letztlich allerdings nicht zu einem tatsächlichen Anstieg der Wahlbeteiligung führte. Zudem war es das erste Mal, dass mit Ursula von der Leyen eine amtierende Kommissionspräsidentin als Spitzenkandidatin antrat. Auch die Fraktionsbildung im Europäischen Parlament in den Wochen nach der Wahl war ungewöhnlich bewegt. Und schließlich gab es mehr kontroverse öffentliche Debatten als je zuvor über die Mehrheitsbildung im Europäischen Parlament und insbesondere über die Zukunft der „Brandmauer“, mit der sich die Parteien der Mitte gegenüber Rechtsaußenparteien abgrenzen.

Dieser Beitrag analysiert überblicksartig diese und weitere zentrale Aspekte, die die Europawahl 2024 prägten und sich auf das institutionelle Gefüge der EU und die politischen Konstellationen in der neuen Wahlperiode auswirkten.

¹⁰ Europäisches Parlament: Eurobarometer. Parlemeter 2022, Herbst 2022, EB 98.1, S. 4.

¹¹ Europäisches Parlament: Eurobarometer. Parlemeter 2023. Six Months before the 2024 European elections, Herbst 2023, EB 100.1, S. 1.

¹² Vgl. etwa das Dossier bei Eurotopics: Aufstieg der Rechten, o. D., abrufbar unter: <https://www.eurotopics.net/de/158357/aufstieg-der-rechten> (letzter Zugriff: 4.9.2024).

Rechtliche Rahmenbedingungen: Kaum Wahlrechtsänderungen

Das Wahlrecht, nach dem die Europawahl 2024 stattfand, war im Wesentlichen unverändert gegenüber jenem der vorangegangenen Wahlen. In den Jahren zuvor hatte das Europäische Parlament zwei Reformen des europäischen Direktwahlakts auf den Weg gebracht, um das Wahlverfahren in den Mitgliedstaaten zu harmonisieren und die europäische Dimension der Wahl zu stärken. Beide Reformen waren jedoch zur Wahl 2024 noch nicht in Kraft. Die erste davon soll u. a. eine Mindest-Sperrklausel für größere Mitgliedstaaten einführen; sie wurde 2018 vom Rat angenommen, jedoch erst von 26 der 27 Mitgliedstaaten ratifiziert.¹³ Die weiterreichende zweite Wahlrechtsreform, die u. a. die Einführung EU-weiter Wahllisten sowie einen einheitlichen Wahltermin vorsieht, wurde 2022 vom Europäischen Parlament vorgeschlagen, aber vom Rat nicht aufgegriffen.¹⁴

Anders als bei den beiden letzten Wahlen – und anders als vom Europäischen Parlament gewünscht – gab es im Rat auch keine Einigung darüber, den Wahlzeitraum in den Mai vorzuziehen, um den Zeitplan für die Wahl des:der Kommissionspräsident:in im Sommer zu entzerren. Stattdessen fand die Europawahl zum ersten Mal seit 2009 wieder zum im Direktwahlakt vorgesehenen Normalzeitraum am Ende der ersten Juniwoche statt, konkret vom 6. bis 9. Juni 2024.

Die einzige Änderung, die gegenüber 2019 am gemeinsamen europäischen Rechtsrahmen der Wahl vorgenommen wurde, war eine Anpassung der nationalen Sitzkontingente. Diese war notwendig, um angesichts veränderter Bevölkerungszahlen der Mitgliedstaaten weiterhin dem in Art. 14 Vertrag über die Europäische Union vorgeschriebenen Prinzip der degressiven Proportionalität gerecht zu werden. Da kein Mitgliedstaat bereit war, Sitze abzugeben, erfolgte die Anpassung durch eine Erhöhung der Gesamtsitzzahl von 705 auf 720. Wie schon in der Vergangenheit setzte der Rat die degressive Repräsentation dabei erneut nur ad hoc um, ohne sich auf eine dauerhafte Formel zu einigen.¹⁵

Darüber hinausgehende größere Wahlrechtsänderungen gab es allenfalls auf Ebene der einzelnen Mitgliedstaaten. Insbesondere wurde in Belgien und Deutschland das gesetzliche Mindestalter für die Wahlteilnahme von 18 auf 16 Jahre gesenkt.

Wahlbeteiligung: Stagnation trotz gesteigerten Interesses

In den Monaten vor der Wahl zeigten zahlreiche Umfragen ein ungewöhnlich hohes Interesse der europäischen Bürger:innen. So erklärten im Frühjahr 2024 in einer Eurobarometer-Umfrage 71 Prozent der Befragten, dass sie wahrscheinlich an der Wahl teilnehmen würden – zehn Prozentpunkte mehr als bei einer entsprechenden Umfrage im Frühjahr

13 Als bislang letztes Land stimmte Anfang 2024 Deutschland zu. Vgl. Gesetz zu dem Beschluss (EU, Euratom) 2018/994 des Rates der Europäischen Union vom 13. Juli 2018, in: Bundesgesetzblatt, Teil II, Nr. 87, 13.3.2024. Spanien hat als einziges Land noch nicht ratifiziert.

14 Europäisches Parlament: Legislative Entschließung vom 3. Mai 2022 zu dem Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die allgemeine unmittelbare Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie zur Aufhebung des Beschlusses (76/787/EGKS, EWG, Euratom) des Rates und des diesem Beschluss beigefügten Akts zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments, P9 TA(2022)0129, in: Amtsblatt der EU, Nr. C 465, 6.12.2022, S. 171–198.

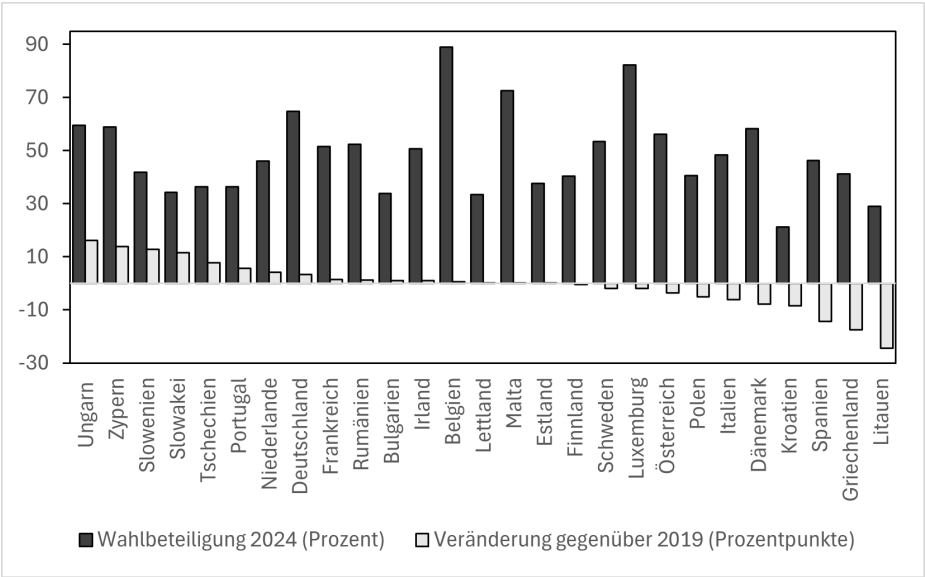
15 Vgl. Friedrich Pukelsheim: Zusammensetzung des Europäischen Parlaments und degressive Repräsentation, in: *integration* 2/2024, S. 163–172.

2019.¹⁶ Ein besonders starker Anstieg des Interesses war in einigen Ländern Ostmitteleuropas zu beobachten, wo die Beteiligung an Europawahlen bislang unterdurchschnittlich war, etwa in Tschechien und Polen.

Viele Beobachter:innen erwarteten deshalb eine deutliche Steigerung der Wahlbeteiligung, die jedoch ausblieb. Nach den Daten des Europäischen Parlaments erhöhte sich die Beteiligung gegenüber 2019 nur geringfügig von 50,66 auf 50,74 Prozent.¹⁷ Berücksichtigt man nur die EU-27 ohne das in der Zwischenzeit ausgetretene Vereinigte Königreich, ging die Beteiligung sogar zurück.

Wie schon bei früheren Wahlen gab es dabei sehr große nationale Unterschiede (siehe Abbildung 1). Westliche Mitgliedstaaten zeigten tendenziell, aber nicht in jedem Fall, eine höhere Beteiligung als östliche. Am höchsten fiel sie mit 89,0 Prozent in Belgien aus – wo allerdings Wahlpflicht herrscht und die Europawahl zudem mit Wahlen zum nationalen Parlament zusammenfiel –, am niedrigsten in Kroatien mit 21,4 Prozent. Kein klares geografisches Muster gab es hinsichtlich der Veränderungen gegenüber 2019: Einen besonders starken Anstieg gab es in Ungarn (+16,1 Prozentpunkte) und Zypern (+13,9),

Abbildung 1: Wahlbeteiligung in den Mitgliedstaaten bei der Europawahl 2024 und Veränderung gegenüber 2019



Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage der Daten von Europäisches Parlament: Wahlbeteiligung nach Land (%). Endergebnisse, 6.9.2024, abrufbar unter: <https://results.elections.europa.eu/de/wahlbeteiligung/> (letzter Zugriff: 14.10.2024).

16 Europäisches Parlament: Eurobarometer. Use your vote. Countdown to the 2024 European Elections, Frühjahr 2024, EB 101.1, S. 6. Im Herbst 2023 hatte der entsprechende Wert bereits bei 68 Prozent und damit neun Prozentpunkte höher als im Herbst 2018 gelegen. Vgl. dazu Europäisches Parlament: Eurobarometer, Herbst 2023, S. 2.

17 Europäisches Parlament: Wahlbeteiligung nach Jahr, 15.7.2024, abrufbar unter: <https://results.elections.europa.eu/de/wahlbeteiligung/> (letzter Zugriff: 8.8.2024).

den stärksten Rückgang in Litauen (-24,5) und Griechenland (-17,5). Deutschland lag mit einer Beteiligung von 64,7 Prozent und einem Anstieg um 3,4 Prozentpunkte deutlich über dem Durchschnitt.

Trotz des gesteigerten Interesses in Umfragen zeigte auch diese Europawahl hinsichtlich der Wahlbeteiligung also typische Merkmale einer Nebenwahl.¹⁸

Spitzenkandidatenverfahren: Wenig beachtet und doch relevant

Von besonderer Bedeutung war die Wahl 2024 für die Zukunft des Spitzenkandidatenverfahrens, mit dem die Rolle der europäischen Parteien bei der Wahl des:der Kommissionspräsident:in gestärkt und ihre öffentliche Sichtbarkeit im Europawahlkampf erhöht werden soll. 2014 hatten die europäischen Parteien erstmals Spitzenkandidat:innen nominiert, von denen Jean-Claude Juncker dann auch tatsächlich die Kommissionspräsidentschaft erreichte. Nach der Europawahl 2019 wurde jedoch keine:r der Spitzenkandidat:innen, sondern die CDU-Politikerin Ursula von der Leyen zur Präsidentin gewählt, woraufhin Juncker selbst sowie zahlreiche Beobachter:innen das Verfahren für „tot“ erklärten.¹⁹ Auch vor der Europawahl 2024 wurden starke Zweifel geäußert, ob das neue System für die Wahl des:der Kommissionspräsident:in relevant sein würde.²⁰

Dennoch nominierten erneut fast alle großen europäischen Parteien Spitzenkandidat:innen. Allerdings ließen europaweite Sitzprojektionen schon frühzeitig erwarten, dass die EVP auch nach der Europawahl die stärkste Fraktion stellen und für die Mehrheitsbildung im Parlament unumgänglich sein würde.²¹ Ein auch für die Medien spannendes „horse race“ um die Kommissionspräsidentschaft blieb daher aus. Stattdessen war die Auseinandersetzung von einer klaren Favoritenrolle von der Leyens geprägt, die sich von der EVP als Spitzenkandidatin aufstellen ließ und damit die erste amtierende Kommissionspräsident:in in dieser Rolle war. Um nicht frühzeitig auf die Rolle der Wahlkämpferin festgelegt zu werden, ließ sie allerdings bis kurz vor dem EVP-Parteikongress im März 2024 offen, ob sie überhaupt eine zweite Amtszeit anstrebte. Auch später bemühte sie sich um ein präsidentielles Erscheinungsbild. Zwar begab sie sich nach ihrer Nominierung zur Spitzenkandidatin auf eine Wahlkampftour durch zahlreiche Mitgliedstaaten. Zur Teilnahme an den öffentlichen Spitzenkandidaten-Debatten vor der Wahl erklärte sie sich aber erst nach öffentlichem Druck der anderen Parteien bereit.²²

18 Zum Konzept der Nebenwahl vgl. Karlheinz Reif/Hermann Schmitt: Nine second-order national elections – A conceptual framework for the analysis of European election results, in: *European Journal of Political Research* 1/1980, S. 3–44.

19 Z. B. Jörg Tschürtz: Juncker: „Spitzenkandidaten-System ist tot“, in: *Luxemburger Wort*, 3.7.2019; Andrew Gray/Jacopo Barigazzi/Maia de La Baume: Who killed the Spitzenkandidat?, in: *Politico*, 5.7.2019; Dave Keating: Von der Leyen's in and the Spitzenkandidat's Dead, in: *Berlin Policy Journal*, 17.7.2019.

20 Z. B. Eddy Wax: Von der Leyen: „Fake“ Spitzenkandidat, in: *Politico*, 23.2.2024; Jorge Liboreiro: Spitzenkandidaten: Democratic fix or political charade?, in: *Euronews*, 30.3.2024; Barbara Moens/Nicholas Vinocur/Jakob Hanke Vela: Who could take on von der Leyen for Commission president?, in: *Politico*, 25.4.2024; Christos Avdellias: Forget the TV debates, the 'Spitzenkandidate' process is now a distracting sham, in: *EUobserver*, 27.5.2024.

21 Z. B. Manuel Müller: Wenn an diesem Sonntag Europawahl wäre (November 2023): EVP baut Vorsprung weit aus – Rechtsruck historischen Ausmaßes möglich, 9.11.2023, abrufbar unter: <https://www.foederalist.eu/2023/11/europawahl-umfragen-november-2023.html> (letzter Zugriff: 4.9.2024).

22 Eddy Wax: Greens challenge von der Leyen to debate them in Maastricht, in: *Politico*, 12.4.2024.

Wohl auch aufgrund des deutlichen Vorsprungs der EVP hatte die SPE²³ einige Schwierigkeiten bei der Kandidatensuche. Im Vorfeld medial gehandelte prominente Parteifiguren wie die ehemalige finnische Premierministerin Sanna Marin oder der spanische Regierungschef Pedro Sánchez verzichteten auf eine Bewerbung. Einziger Interessent war zuletzt der wenig bekannte Luxemburger Nicolas Schmit, EU-Kommissar für Beschäftigung und soziale Rechte, der Anfang März per Akklamation als Spitzenkandidat nominiert wurde.

Die übrigen europäischen Parteien hatten keine realistischen Chancen auf die Kommissionspräsidentschaft und stellten statt Einzelkandidat:innen häufig Spitzenduos auf. Für die Grünen traten Fraktionschefin Terry Reintke aus Deutschland und der Europaabgeordnete Bas Eickhout aus den Niederlanden an. Die liberale Fraktion Renew Europe (Renew) nominierte gar ein Trio, das die verschiedenen Bestandteile der Fraktion repräsentieren sollte: die Deutsche Marie-Agnes Strack-Zimmermann für die ALDE, der Italiener Sandro Gozi für die EDP²⁴ und die Französin Valérie Hayer für die Abgeordneten ohne europäische Partei, speziell die französische Regierungspartei Renaissance. Die linke EL²⁵ setzte auf ihren Parteivorsitzenden Walter Baier aus Österreich. Die EFA²⁶ (Raül Romeva und Maylis Roßberg), die ECPB²⁷ (Valeriu Ghilețchi), die PPEU²⁸ (Marcel Kolaja und Anja Hirschel) und Volt Europa (Damian Boeselager und Sophie in 't Veld) stellten ebenfalls Spitzenkandidat:innen auf. Auch die europaskeptische Rechtsaußenpartei ID²⁹ nominierte mit dem dänischen Europaabgeordneten Anders Vistisen erstmals einen eigenen Spitzenkandidaten – wobei sie in einer Stellungnahme eigens hervorhob, dass sie das Verfahren weiterhin ablehne und Vistisen sich nicht wirklich für die Kommissionspräsidentschaft bewerbe, sondern die Partei nur im Wahlkampf bei den Debatten mit anderen Kandidat:innen vertreten solle.³⁰ Die EKR³¹ schließlich tat das Verfahren als „nutzlos“ ab und trat – anders als noch 2019 – ohne eine:n europäische:n Spitzenkandidat:in an.³²

Vergleicht man das Profil der Spitzenkandidat:innen, zeigt sich ein problematischer geografischer Bias: Mit von der Leyen und Schmit stammten die Bewerber:innen der beiden größten Parteien (nach Martin Schulz und Jean-Claude Juncker 2014 sowie Manfred Weber und Frans Timmermans 2019) bereits zum dritten Mal in Folge aus Deutschland und einem Benelux-Land. Auch die anderen Kandidat:innen waren zu einem großen Teil deutscher bzw. westeuropäischer Herkunft.³³ Zudem verfügten fast alle von ihnen vor ihrer Nominierung nur über einen geringen transnationalen Bekanntheitsgrad.

In der Folge blieben die Spitzenkandidat:innen in der Öffentlichkeit der meisten Mitgliedstaaten wie schon bei früheren Wahlen weithin unsichtbar. Auch die medialen Zweifel

23 Sozialdemokratische Partei Europas.

24 Europäische Demokratische Partei.

25 Europäische Linke.

26 Europäische Freie Allianz.

27 Europäische Christliche Politische Bewegung.

28 Europäische Piratenpartei.

29 Identität und Demokratie.

30 Agence Europe: Anders Vistisen to represent far right at EU level in pre-election debates, in: Europe Daily Bulletin No. 13367, 8.3.2024.

31 Europäische Konservative und Reformier.

32 Mared Gwyn Jones: 'Useless': European conservatives refuse to field lead candidate in June's election, in: Euronews, 24.4.2024.

33 Vgl. Manuel Müller: Die Median-Europawahl-Spitzenkandidat:in 2024 ist Europaabgeordneter, männlich und deutsch, 27.3.2024, abrufbar unter: <https://www.foederalist.eu/2024/03/spitzenkandidaten-2024.html> (letzter Zugriff: 4.9.2024).

an der Relevanz des Verfahrens hielten bis zur Wahl weiter an. Die politischen Entwicklungen nach der Wahl bekräftigten allerdings eindrücklich dessen faktische institutionelle Bedeutung. Weder im Europäischen Parlament noch im Europäischen Rat gab es nach dem Wahlsieg der EVP einen ernsthaften Versuch, von der Leyen als Kommissionspräsidentin zu ersetzen. Vielmehr einigten sich die drei stärksten Kräfte der politischen Mitte – EVP, SPE und ALDE bzw. Renew – rasch auf ein Personaltableau um von der Leyen als Kommissionspräsidentin, den ehemaligen portugiesischen Regierungschef António Costa (SPE) als Präsident des Europäischen Rates und die estnische Premierministerin Kaja Kallas (ALDE) als Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik. Auch dass von der Leyen bei ihrer Wiederwahl im Europäischen Parlament mehr Stimmen gewann als 2019, lässt sich u. a. damit erklären, dass sie diesmal von vielen grünen und sozialdemokratischen Abgeordneten mitgewählt wurde, die 2019 noch aus grundsätzlichen Erwägungen gegen die damalige „Nicht-Spitzenkandidatin“ gestimmt hatten.³⁴

Insgesamt wurde das Spitzenkandidatenverfahren durch die Wahl also gestärkt und es bestehen wenig Zweifel, dass die europäischen Parteien auch 2029 wieder Kandidat:innen nominieren werden. Das eigentliche demokratische Ziel dahinter – eine größere Personalisierung der Europawahl und eine Stärkung der europäischen Öffentlichkeit – wurde angesichts der medialen Skepsis gegenüber dem Verfahren zwar auch diesmal nur begrenzt erreicht. Dessen fortschreitende Normalisierung macht jedoch plausibel, dass sich dies in Zukunft ändern könnte.³⁵

Der Rechtsruck: Gesamteuropäisch, aber nicht in jedem Mitgliedstaat

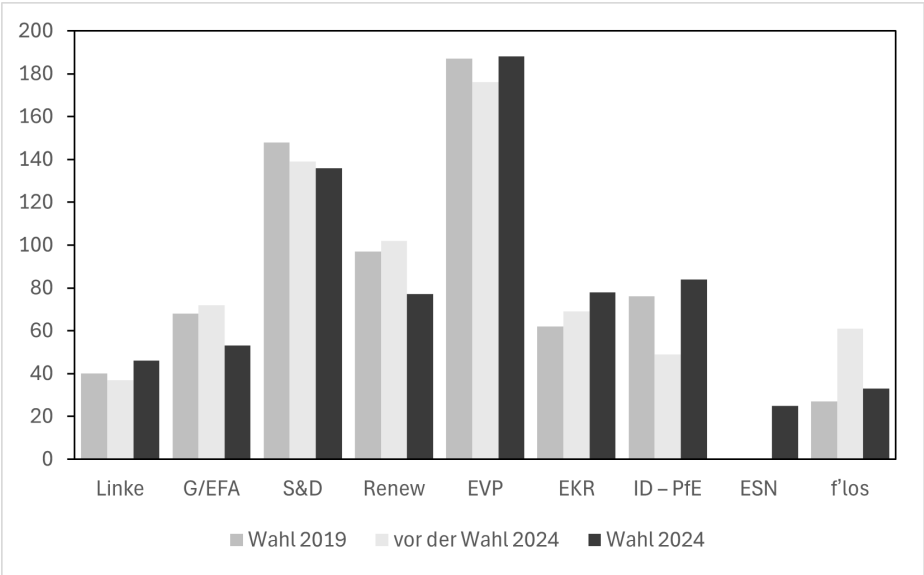
Wie zu Beginn dieses Beitrags bereits angesprochen, brachten die Ergebnisse der Europawahl insgesamt einen Rechtsruck (siehe Abbildung 2). Während die EVP-Fraktion mit 188 Sitzen in etwa ihr Wahlergebnis von 2019 wiederholte (+1),³⁶ erfuhr die S&D leichte Verluste (136 Sitze/-12). Die liberal-zentristische Fraktion Renew fiel auf 77 Sitze zurück und war in absoluten Zahlen der größte Verlierer der Wahl (-20). Die größten relativen Verluste erfuhr die Fraktion der Grünen/EFA, die nur noch auf 53 Sitze kam (-15). Die Linksfraktion konnte als einzige Partei des Mitte-links-Spektrums ihre Repräsentation steigern und erreichte nun 46 Sitze (+6).

34 2019 lag die für die Wahl erforderliche Mehrheit bei 374 Stimmen; von der Leyen wurde mit 383 zu 327 Stimmen bei 22 Enthaltungen gewählt. 2024 musste sie eine Mehrheit von 360 Stimmen erreichen und wurde mit 401 zu 284 Stimmen bei 22 Enthaltungen gewählt. Die Wahl findet geheim statt. U. a. die europäischen Grünen sowie die deutschen Sozialdemokrat:innen hatten sich allerdings 2019 öffentlich gegen von der Leyen ausgesprochen und dabei insbesondere deren fehlende Spitzenkandidatur kritisiert. 2024 unterstützten sie sie hingegen.

35 Vgl. auch Manuel Müller: Less exotic Spitzenkandidaten: European lead candidates are just a normal part of parliamentary democracy, Finnish Institute of International Affairs: FIIA Comment 6/2023, 20.7.2023.

36 Der Vergleichswert bezieht sich hier und im Folgenden auf das Ergebnis der Europawahl 2019 in den EU-27 unter Berücksichtigung der nach dem britischen EU-Austritt nachgerückten Abgeordneten, insgesamt 705 Sitze. Die Zusammensetzung des Parlaments unmittelbar vor der Wahl 2024 wich davon aufgrund von Fraktionswechseln einzelner Parteien ab.

Abbildung 2: Sitzzahl der Fraktionen im Europäischen Parlament 2019 und 2024



Das Wahlergebnis 2019 bezieht sich auf die EU-27 einschließlich der Abgeordneten, die nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs ins Parlament nachrückten. Die Werte vor der Wahl 2024 zeigen die Zusammensetzung des Parlaments Ende Mai 2024.

Legende: G/EFA = Die Grünen/Europäische Freie Allianz, S&D = Progressive Allianz der Sozialdemokraten, EVP = Europäische Volkspartei, EKR = Europäische Konservative und Reformier, ID = Identität und Demokratie, PFE = Patrioten für Europa, ESN = Europa der Souveränen Nationen, f'los = fraktionslos.

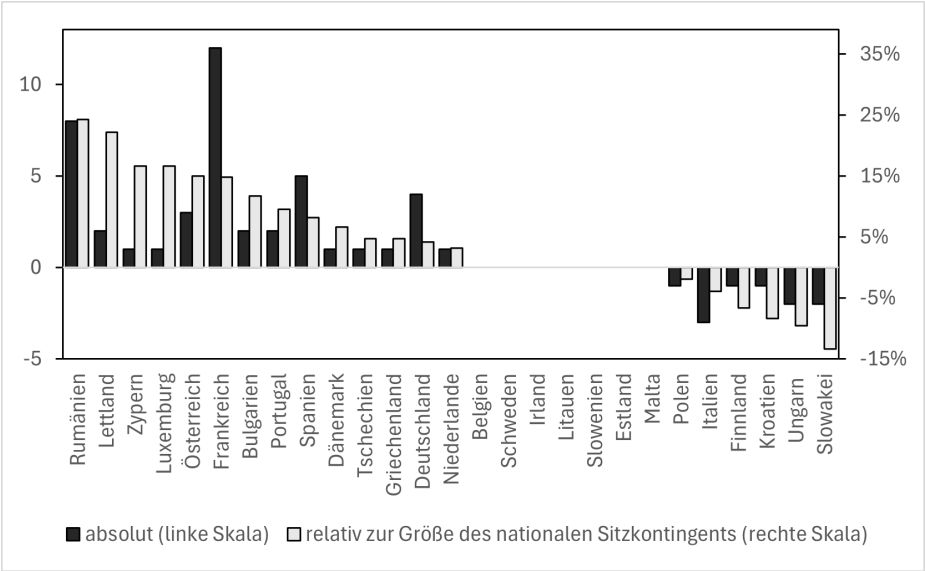
Quelle: eigene Darstellung.

Die meisten Zugewinne machten jedoch die Rechtsaußenparteien, deren Fraktionsaufteilung sich nach der Wahl veränderte (dazu unten mehr). Die von der polnischen PiS³⁷ und den italienischen FdI³⁸ dominierte EKR-Fraktion legte auf 78 Sitze zu (+16); die neue Rechtsaußenfraktion „Patrioten für Europa“ (PFE), die de facto an die Stelle der ID-Fraktion trat, erreichte 84 Sitze (+8). Hinzu kamen noch 25 Mitglieder der ebenfalls neu gegründeten Fraktion „Europa der Souveränen Nationen“ (ESN) sowie 11 dem rechten und rechtsextremen Spektrum zuzuordnende fraktionslose Abgeordnete (+4). In der Summe erzielte das Rechtsaußenlager damit sowohl den höchsten Zugewinn als auch das stärkste Gesamtergebnis jemals bei einer Europawahl.³⁹

Heruntergebrochen auf die nationale Ebene gewannen die Parteien rechts der EVP in etwas mehr als der Hälfte der Mitgliedstaaten an Sitzen hinzu. Die größten Zugewinne erzielten sie in Frankreich, Rumänien und Spanien, relativ zur Größe des Landes in Rumänien und Lettland (siehe Abbildung 3).

37 Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit).
38 Fratelli d'Italia (Brüder Italiens).
39 Für eine vertiefte Analyse der einzelnen Fraktionen nach der Wahl vgl. auch Manuel Müller: Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2024, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2024, Baden-Baden 2024, S. 61–72.

Abbildung 3: Sitzgewinne und -verluste von Rechtsaußenparteien bei der Europawahl 2024 im Vergleich zu 2019



Berücksichtigt sind Parteien, die nach der Wahl 2024 in einer der Fraktionen EKR, Pfe und ESN vertreten waren, Parteien, die nach der Wahl 2019 in einer der Fraktionen EKR und ID vertreten waren und 2024 nicht mehr ins Parlament einzogen, sowie rechtsgerichtete fraktionslose Parteien. Da einige Parteien vor der Wahl 2024 noch anderen Fraktionen angehörten, gewann das „rechte Lager“ insgesamt mehr Sitze hinzu als die Summe der hier angegebenen Differenzen.

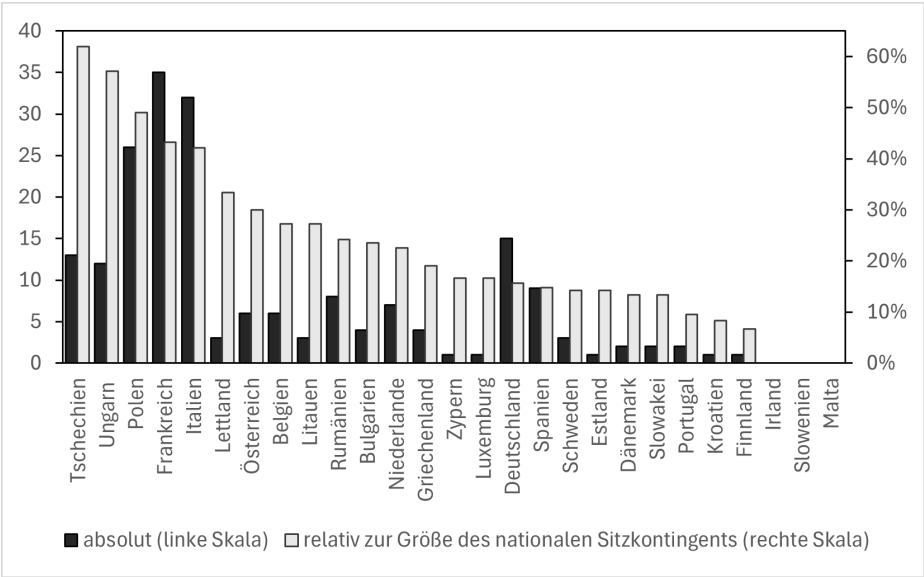
Quelle: eigene Darstellung.

In absoluten Zahlen erreichten Rechtsaußenparteien die meisten Mandate in Frankreich, Italien und Polen, relativ zur Größe des Landes in Tschechien und Ungarn, wo sie jeweils mehr als die Hälfte des nationalen Sitzkontingents stellen (Abbildung 4). In Rumänien war es das erste Mal seit 2009, in Portugal, Luxemburg und Zypern das erste Mal überhaupt, dass Rechtsaußenparteien ins Europäische Parlament einzogen.

Dennoch ergibt sich bei Betrachtung der einzelnen Mitgliedstaaten ein differenziertes Bild. In absoluten Zahlen waren Frankreich, Rumänien und Spanien zusammen allein für mehr als die Hälfte der Sitzgewinne der Rechtsaußenparteien verantwortlich (siehe Abbildung 3). In einem Viertel der Mitgliedstaaten blieben die Werte der Rechtsaußenparteien hingegen nur stabil, in einem weiteren knappen Viertel mussten sie sogar Sitzverluste hinnehmen. Neben Ungarn, Italien und Polen, wo Rechtsaußenparteien jeweils schon bei den Wahlen 2019 sehr erfolgreich gewesen waren, betraf dies auch die Slowakei, Kroatien und Finnland. In Irland, Malta und Slowenien konnten Rechtsaußenparteien weiterhin keinen einzigen Sitz gewinnen – wobei hinsichtlich Slowenien einschränkend zu beachten ist, dass die dortige EVP-Mitgliedspartei SDS⁴⁰ zum weit rechten Flügel der EVP gehört.

40 Slovenska demokratska stranka (Slowenische Demokratische Partei).

Abbildung 4: Sitzzahl von Rechtsaußenparteien nach der Europawahl 2024



Berücksichtigt sind Parteien, die nach der Wahl 2024 in einer der drei Fraktionen EKR, PfE und ESN vertreten waren, sowie rechtsgerichtete fraktionslose Parteien.

Quelle: eigene Darstellung.

Da der Rechtsruck bei der Europawahl in zahlreichen Ländern zugleich auftrat und ihm auch kein klares geografisches Muster zugrunde lag, lässt er sich als gesamteuropäischer Trend verstehen. Daneben spielten aber auch nationale Faktoren weiterhin eine wichtige Rolle, die dazu führen konnten, dass Rechtsaußenparteien in einzelnen Mitgliedstaaten trotz des für sie günstigen gesamteuropäischen Trends Sitze verloren.

Das neue Parlament: Viele erstmals gewählte Abgeordnete, weniger Frauen

Wie bereits bei früheren Europawahlen zog ein hoher Anteil der gewählten Abgeordneten zum ersten Mal ins Europäische Parlament ein. Mit etwas mehr als 50 Prozent – 362 von 720 Mitgliedern – lag die Quote allerdings deutlich unter der vorangegangenen Wahl, als 58 Prozent der Abgeordneten neu gewesen waren.⁴¹ Den höchsten Anteil an erstmals gewählten Abgeordneten gab es in der ESN-Fraktion (84 Prozent), gefolgt von der Gruppe der Fraktionslosen (75 Prozent), den beiden anderen Rechtsaußenfraktionen sowie der Linksfraktion. Den niedrigsten Anteil hatten die Fraktionen der Grünen/EFA (38 Prozent) und der EVP (41 Prozent). Unter den Mitgliedstaaten hatten Portugal (90 Prozent) und

41 Vgl. Györgyi Mácsai: Infographic. Members of the European Parliament, 2024–2029, Juli 2024, abrufbar unter: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2024/762356/EPRS_ATA\(2024\)762356_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2024/762356/EPRS_ATA(2024)762356_EN.pdf) (letzter Zugriff: 4.9.2024); sowie Giulio Sabbati: Infographic. Members of the European Parliament, 2019–2024, Juli 2019, abrufbar unter: [https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2019/637976/EPRS_ATA\(2019\)637976_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2019/637976/EPRS_ATA(2019)637976_EN.pdf) (letzter Zugriff: 4.9.2024).

Finnland (67 Prozent) den höchsten Erstlingsanteil, Estland (14 Prozent) und Luxemburg (17 Prozent) den niedrigsten.⁴²

Kaum Veränderungen gab es hinsichtlich der Altersverteilung der gewählten Abgeordneten. Das Durchschnittsalter im Parlament lag wie schon nach der Europawahl 2019 bei 50 Jahren.⁴³ Sowohl die jüngste (Lena Schilling, geboren 2001) als auch der älteste Abgeordnete (Leoluca Orlando, geboren 1947) gehören der Grünen/EFA-Fraktion an.

Widersprüchlich waren die Entwicklungen bei der Europawahl hinsichtlich der Repräsentation der Geschlechter. Auf der einen Seite fiel die Besetzung der europäischen Spitzenpositionen so weiblich aus wie noch nie zuvor – mit von der Leyen als Kommissionspräsidentin, Kaja Kallas als Hoher Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Roberta Metsola als Präsidentin des Europäischen Parlaments sowie der schon 2019 ernannten Christine Lagarde an der Spitze der Europäischen Zentralbank. Auf der anderen Seite ging jedoch der Anteil weiblicher Europaabgeordneter, der seit 1979 bei jeder Wahl angestiegen war, erstmals zurück – von 40,4 Prozent 2019 auf 38,5 Prozent.⁴⁴

Dieser geringere Frauenanteil steht in direktem Zusammenhang mit dem Rechtsruck des Parlaments, da es bei der Geschlechterrepräsentation ein starkes Links-rechts-Gefälle gibt. Die einzige Fraktion mit einer Mehrzahl weiblicher Abgeordneter waren wie bereits vor der Wahl die Grünen/EFA (51 Prozent), gefolgt von der Linken (46 Prozent), Renew (44 Prozent) und der S&D (43 Prozent). Auf der anderen Seite hatte die EKR-Fraktion erneut den niedrigsten Frauenanteil, wobei die Quote hier sogar noch von 30 auf 22 Prozent fiel. Auch bei den Fraktionslosen (28 Prozent), der ESN-Fraktion (32 Prozent) und der EVP (37 Prozent) waren Frauen unterdurchschnittlich vertreten; die PöF-Fraktion kam auf 40 Prozent.⁴⁵

Nach Mitgliedstaaten war nur in Schweden (62 Prozent), Finnland (60 Prozent) und Frankreich (51 Prozent) eine Mehrzahl der gewählten Abgeordneten weiblich.⁴⁶ In Zypern wurden wie bereits 2019 ausschließlich männliche Kandidat:innen gewählt. Besonders niedrig war der Frauenanteil auch in Malta (17 Prozent), Litauen und Rumänien (je 18 Prozent). Ein Novum in der Geschlechterrepräsentation bot Deutschland, woher mit der Wahl von Sibylle Berg (Die Partei, fraktionslos) erstmals ein nicht-binäres Mitglied des Europäischen Parlaments kommt.

Auch bei der Neubesetzung der Europäischen Kommission ergaben sich im Laufe des Sommers große Schwierigkeiten, die in der vorangehenden Wahlperiode beinahe erreichte Parität zwischen Männern und Frauen zu halten. Nach ihrer Wiederwahl zur Kommissionspräsidentin forderte von der Leyen die Regierungen der Mitgliedstaaten auf, für die

42 Mácsai: Members of the European Parliament, 2024. Vgl. zu den Auswirkungen dieser unterschiedlichen Turnover-Raten auf den Wahlkampf auch Manuel Müller: Finland: focus on new national candidates, in: Carme Colomina et al. (Hrsg.): European elections 2024. A turning point for EU integration?, Barcelona 2024, S. 117–120; Merili Arjakas: Estonia repeats the 2019 election, in: Carme Colomina et al. (Hrsg.): European elections 2024. A turning point for EU integration?, Barcelona 2024, S. 127–131.

43 Mácsai: Members of the European Parliament, 2024.

44 Ebenda; Europäisches Parlament: Geschlechterverhältnis der Mitglieder nach Land – 2024, 18.7.2024, abrufbar unter: <https://results.elections.europa.eu/de/geschlechterverhaeltnis-mdcp/2024-2029/> (letzter Zugriff: 5.9.2024).

45 Hanne Cokelaere: Right-wing surge obstructs gender balance in European Parliament, in: Politico, 29.7.2024.

46 Mácsai: Members of the European Parliament, 2024. In Frankreich verpflichtet das sogenannte Paritätsgesetz Parteien bei der Aufstellung der Europawahllisten zu strikter Geschlechteralternanz, was eine Repräsentation von nahe 50 Prozent sicherstellt.

Kommission jeweils zwei Kandidat:innen unterschiedlichen Geschlechts vorzuschlagen, aus der sie eine Auswahl treffen würde. Die meisten Regierungen ignorierten dies jedoch und nominierten nur eine:n Kandidat:in – meist einen Mann. Auch wenn auf Druck von der Leyens einige Regierungen ihre Kandidat:innen später noch austauschten, umfasste das von ihr im September vorgestellte Kollegium nur 11 Frauen, eine Quote von 40 Prozent.⁴⁷ Wie das Europäische Parlament darauf reagieren würde, war beim Verfassen dieses Beitrags noch offen.

Fraktionsbildung nach der Wahl: Ausdifferenzierung im rechten Lager

Ungewöhnlich viel Bewegung gab es schließlich nach der Wahl bei der Rekonstituierung der Fraktionen im Parlament. Zum einen kam es zu den üblichen Beitrittsverhandlungen zwischen den bestehenden Fraktionen, den zum ersten Mal ins Parlament eingezogenen nationalen Parteien sowie den Parteien, die aus anderen Gründen an einem Fraktionswechsel interessiert waren. So traten die acht Abgeordneten des zuvor fraktionslosen M5S⁴⁸ aus Italien der Linksfraktion bei. Die ungarische TISZA⁴⁹, die erstmals zur Europawahl antrat und aus dem Stand sieben Sitze gewann, schloss sich der EVP-Fraktion an. Vor allem EVP, EKR und Renew konnten zudem noch mehrere weitere neue Parteien mit je ein oder zwei Sitzen als Fraktionsmitglieder gewinnen.

Darüber hinaus versuchten sich nach der Wahl aber auch mehrere Parteien und Parteiengruppen an der Gründung neuer Fraktionen, wofür nach Art. 33 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments mindestens 23 Abgeordnete aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedstaaten notwendig sind. Einen solchen Anlauf machte auf der einen Seite das BSW⁵⁰ aus Deutschland, das mit sechs Abgeordneten erstmals ins Parlament eingezogen war und die Gründung einer neuen linkskonservativen und NATO-skeptischen Fraktion anstrebte. Allerdings zeigten sich dafür nur wenige Parteien, darunter die tschechische „Stačilo!“, bereit. Andere mögliche Interessenten wie das M5S, die französische LFI⁵¹ oder die slowakische Smer⁵² lehnten hingegen ab, sodass das BSW und seine Verbündeten letztlich fraktionslos blieben.

Auf der anderen Seite fand im Rechtsaußenlager eine Neusortierung statt, die dazu führte, dass sich die Zahl der Fraktionen im Parlament von sieben auf acht erhöhte. Verhältnismäßig stabil blieb dabei die Zusammensetzung der EKR-Fraktion, die im Parlament eine Brückenfraktion zwischen der EVP und den weiter rechts stehenden Fraktionen einnimmt. So vertreten die EKR-Mitgliedsparteien inhaltlich in den meisten Fragen recht ähnliche Positionen wie die anderen Rechtsaußenfraktionen, setzen sich allerdings anders als diese klar für eine weitere Unterstützung der Ukraine bei der Abwehr des russischen Angriffskriegs ein und legen meist größeren Wert auf nationale Regierungs- und Koalitionsfähigkeit. Innerhalb der EKR zeichneten sich vor der Wahl zwei Lager ab: Das eine –

47 Europäische Kommission: Commissioners-designate (2024–2029), o. D., abrufbar unter: https://commission.europa.eu/about-european-commission/towards-new-commission-2024-2029/commissioners-designate-2024-2029_en (letzter Zugriff: 15.10.2024).

48 Movimento 5 Stelle (Fünf-Sterne-Bewegung).

49 Tisztelet és Szabadság Párt (Partei für Respekt und Freiheit).

50 Bündnis Sahra Wagenknecht.

51 La France Insoumise (Das unbeugsame Frankreich).

52 Smer – slovenská sociálna demokracia (Richtung – Slowakische Sozialdemokratie).

um die italienische Regierungspartei FdI – strebte eine strategische Annäherung an die EVP an, während das andere – um die polnische PiS – eine Aufnahme der bis dahin fraktionslosen ungarischen Regierungspartei Fidesz in den Blick nahm. Bei der Wahl gewannen die FdI stark dazu und überholten die PiS als stärkste Einzelpartei in der Fraktion. In der Folge erwog die PiS vorübergehend, die EKR zu verlassen, um mit der Fidesz sowie weiteren rechtsgerichteten Parteien aus Ostmitteleuropa, etwa der tschechischen ANO⁵³ (zuvor Renew), eine neue Fraktion zu gründen.⁵⁴ Schließlich einigten sich FdI und PiS jedoch, die gemeinsame EKR-Fraktion fortzusetzen.

Wenig später kündigten Fidesz und ANO zusammen mit der österreichischen FPÖ⁵⁵ (zuvor ID) die Gründung einer neuen Fraktion namens „Patrioten für Europa“ (PfE) an. Dieser schlossen sich innerhalb kurzer Zeit auch fast alle anderen Mitglieder der bisherigen ID-Fraktion sowie die spanische Vox (zuvor EKR) und einige neu ins Parlament eingezogene Parteien an. Eine besondere Rolle spielte das RN⁵⁶ aus Frankreich, das erst sehr spät – nämlich nach der zweiten Runde der französischen nationalen Parlamentswahl am 7. Juli – seinen Übertritt zur PfE-Fraktion bekanntgab, damit aber sofort deren stärkste Mitgliedspartei wurde und mit Jordan Bardella auch den Fraktionschef stellt. Nicht aus der ID-Fraktion übernommen wurde nur die tschechische SPD⁵⁷ als direkter nationaler Konkurrent der ANO. Zudem trat ein für die estnische ID-Mitgliedspartei EKRE⁵⁸ gewählter Abgeordneter kurz nach der Wahl aus der Partei aus und wechselte in die EKR-Fraktion.

Bereits einige Wochen vor der Europawahl war die deutsche AfD aus der ID-Fraktion ausgeschlossen worden. Nach der Wahl bemühte sich die Partei zunächst, wieder in die ID- bzw. PfE-Fraktion aufgenommen zu werden. Als dies scheiterte, gründete sie stattdessen mit einigen kleineren Parteien die neue, dritte Rechtsaußenfraktion „Europa der Souveränen Nationen“. Mit 25 Abgeordneten – davon 14 von der AfD – erfüllte diese nur knapp die Anforderungen der Geschäftsordnung. Die kleineren Mitgliedsparteien waren größtenteils neu ins Parlament eingezogen, mehrere von ihnen konnten oder wollten nicht in eine der anderen Rechtsaußenfraktionen aufgenommen werden, weil dort bereits größere nationale Konkurrenzparteien vertreten waren. Innerhalb der AfD war die Fraktionsgründung umstritten. Parteichefin Alice Weidel selbst hatte kurz zuvor noch erklärt, die AfD wolle sich nicht an einer „Resterampe mit Obskurantenparteien“ beteiligen.⁵⁹ Einigen wenigen als besonders unzuverlässig angesehenen Rechtsaußenparteien wurde der Beitritt zur ESN-Fraktion verwehrt, sodass diese fraktionslos blieben.⁶⁰

Die Ausdifferenzierung der Fraktionen im rechten Lager lässt sich einerseits als ein Zeichen verstehen, dass die europäischen Rechtsaußenparteien bis heute Schwierigkeiten bei der transnationalen Zusammenarbeit haben. Trotz recht weitreichender inhaltlicher Überschneidungen in vielen Fragen (mit Ausnahme der Russlandpolitik) gelingt es ihnen

53 Akce nespokojených občanů (Aktion unzufriedener Bürger).

54 Vgl. Eddy Wax: Poland's Law and Justice '50/50' about leaving Giorgia Meloni and joining forces with Viktor Orbán, in: Politico, 27.6.2024.

55 Freiheitliche Partei Österreichs.

56 Rassemblement National (Nationale Sammlung).

57 Svoboda a přímá demokracie (Freiheit und direkte Demokratie).

58 Eesti Konservatiivne Rahvaerakond (Estnische Konservative Volkspartei).

59 Vgl. Frederik Schindler: Wenn der AfD nur noch der Weg in die „Resterampe“ bleibt, in: Die Welt, 13.7.2024.

60 Dies betraf die griechische Niki, die rumänische SOS România sowie die spanische SALF. Ebenfalls nicht in die ESN-Fraktion aufgenommen wurden je ein Abgeordneter der AfD und der slowakischen Hnutie Republika.

aufgrund von zwischen- wie innerstaatlichen Rivalitäten oft nicht, zu einer gemeinsamen Linie zu finden.

Andererseits steht dahinter teils aber auch eine bewusst gewählte Abgrenzungsstrategie: Rechtsaußenparteien, die auf nationaler oder europäischer Ebene Teil von (Regierungs-)Mehrheiten werden wollen und deshalb eine „Entdämonisierung“ bzw. Normalisierung anstreben, können davon profitieren, wenn andere Parteien als noch extremer wahrgenommen werden als sie. Im Fall der EKR-Fraktion zeigte sich der Nutzen einer solchen Strategie etwa, als von der Leyen vor der Europawahl eine Zusammenarbeit zwischen EVP und EKR offenhielt, während sie Kooperationen mit „Extremisten“ wie dem französischen RN ausschloss.⁶¹ Aber auch das RN selbst nutzte den Ausschluss der AfD aus der ID-Fraktion, um sich dem französischen Publikum vor der Wahl als Teil des demokratischen Mainstreams zu präsentieren.⁶²

Mehrheitsbildung im Parlament: Die „Brandmauer“-Debatte

Die Frage, wie weit „gemäßigte“ Rechtsaußenparteien künftig in die Mehrheitsbildung im Europäischen Parlament einbezogen werden sollten, wurde zu einem Schlüsselthema im Wahlkampf 2024. Nach der Europawahl 2019 hatte es im Parlament im Wesentlichen zwei Optionen für die Mehrheitsbildung gegeben: einerseits die Zusammenarbeit im Rahmen einer erweiterten Großen Koalition aus EVP, S&D sowie Renew und/oder den Grünen/EFA; andererseits ein Mitte-links-Bündnis aus S&D, Renew, Grünen/EFA und der Linksfraktion.⁶³ Während die meisten Entscheidungen auf ersterem Weg zustande kamen, kam es in der Schlussphase der Wahlperiode immer wieder zu öffentlichen Konflikten zwischen der EVP und dem Mitte-links-Lager, etwa in Zusammenhang mit dem Renaturierungsgesetz 2023.

Vor der Wahl ließen Sitzprojektionen bereits frühzeitig erwarten, dass das Mitte-links-Bündnis seine Mehrheit im Parlament verlieren würde. Zugleich kam es Anfang 2024 zu einer Annäherung der EVP mit der italienischen Regierungspartei FdI und damit indirekt mit der EKR.⁶⁴ EVP-Fraktionschef Manfred Weber erklärte im März, eine Zusammenarbeit mit „europafreundlichen Konservativen“ sei „genauso denkbar“ wie mit den Grünen, und etablierte die drei Kriterien „pro Europa, pro Rechtsstaat, pro Ukraine“ als Maßstab für eine Zusammenarbeit mit Parteien rechts der EVP.⁶⁵ Welche Parteien diese Kriterien aus ihrer Sicht erfüllten und welche nicht, ließ die EVP im Einzelnen allerdings häufig offen.⁶⁶ Ihre Koalitionspolitik auf nationaler Ebene legte nahe, dass sie wenigstens das Pro-

61 WDR: Ursula von der Leyen beim WDR-Europaforum: Keine Zusammenarbeit mit Extremisten nach der EU-Wahl, 27.5.2024.

62 Markus Grabitz/Claire Stam: AfD fliegt aus der ID-Fraktion: Welchen Plan Marine Le Pen verfolgt, in: Europe.Table, 22.5.2024.

63 Vgl. auch Manuel Müller: Die Europawahlen 2019: Neue Machtstrukturen, in: Werner Weidenfeld/Wolfgang Wessels (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 2019, Baden-Baden 2019, S. 57–68.

64 Nicholas Vinocur/Jacopo Barigazzi: Europe's conservatives want a piece of Giorgia Meloni, in: Politico, 24.1.2023.

65 Christoph B. Schiltz: „Das Verbrenner-Aus kommt ganz gewiss auf den Prüfstand“, in: Welt am Sonntag, 4.3.2024.

66 Als Positivbeispiele nannten EVP-Politiker:innen verschiedentlich die italienischen FdI und die tschechische Regierungspartei ODS (beide EKR), während sie sich von der polnischen PiS (EKR), dem französischen RN (ID) und der deutschen AfD (fraktionslos) abgrenzten. Deutlich seltener thematisiert wurden hingegen z. B. die spanische Vox (EKR), die österreichische FPÖ oder die niederländische PVV (beide ID) – Parteien, mit

Europa-Kriterium sehr weit auszulegen bereit war. So koalitierten EVP-Mitgliedsparteien etwa in Italien mit der Lega (ID), die bei der Europawahl mit dem Slogan „Mehr Italien! Weniger Europa“ antrat,⁶⁷ und in Finnland mit den Perussuomalaiset (Basisfinnen, EKR), die in ihrem Wahlprogramm forderten, der EU-Austritt solle „nicht als ein Tabu behandelt werden“.⁶⁸

Die Rechtsöffnung der EVP lässt sich als ein Versuch verstehen, den eigenen Handlungsspielraum im Europäischen Parlament über die Große Koalition hinaus zu erweitern und – angesichts des absehbaren Endes der Mitte-links-Mehrheit – neue rechtskonservative Mehrheiten möglich zu machen.⁶⁹ Bei den übrigen Parteien der politischen Mitte stieß dies auf starkes Misstrauen. Während des Wahlkampfs forderten Vertreter:innen von S&D, Renew und Grünen die EVP wiederholt auf, eine Zusammenarbeit mit Rechtsaußenparteien einschließlich der EKR auszuschließen.⁷⁰ Die EVP verweigerte sich dem jedoch; in einer der Spitzenkandidatendebatten erklärte von der Leyen, künftige Kooperationen hingen davon ab, „wie sich das Parlament zusammensetzt und wer in welcher Fraktion ist“.⁷¹

Dass auch die Liberalen eine Zusammenarbeit mit Rechtsaußenparteien ablehnten, erschwerte die von der EVP angestrebte Rechtsöffnung allerdings. Zudem fielen auch die Wahlergebnisse so aus, dass ein Mitte-rechts-Bündnis aus EVP, EKR und Renew keine absolute Mehrheit im Parlament hätte. Gleichzeitig wäre eine Rechtsallianz ohne Renew für die EVP nur unter Einbeziehung aller drei Rechtsaußenfraktionen möglich – also einschließlich der ESN (siehe Abbildung 5). Als einzige stabile Mehrheitsoption kristallisierte sich damit die erweiterte Große Koalition aus EVP, S&D sowie Renew heraus, die sich nach der Wahl als sogenannte Plattform zu mehreren Gesprächen trafen, um die Vergabe der wichtigsten Parlamentsposten und die Wiederwahl von der Leyens vorzubereiten.⁷²

Die Grünen/EFA strebten ebenfalls eine Einbeziehung in diese „Plattform“ an, was die EVP ablehnte. Allerdings suchte von der Leyen persönlich das Gespräch mit der

denen die EVP zum Zeitpunkt des Wahlkampfs nicht auf nationaler Ebene koalierte, eine Koalition aber auch nicht ausschloss.

67 Übersetzung des Autors. Im Original: „Più Italia! Meno Europa“. Vgl. Lega per Salvini Premier: Programma elezioni europee 2024, abrufbar unter: <https://static.legaonline.it/europee-2024/Programma+Lega+-+Europee+2024.pdf> (letzter Zugriff: 4.9.2024).

68 Übersetzung des Autors. Im Original: „Eroa Euroopan unionista ei ole syytä käsittää tabuna [...]“. Vgl. Perussuomalaiset: Päätetään itse. Perussuomalaisten eurovaaliohjelma 2024, abrufbar unter: <https://www.perussuomalaiset.fi/wp-content/uploads/2024/04/PS-eurovaaliohjelmaVerkko.pdf> (letzter Zugriff: 4.9.2024), S. 3.

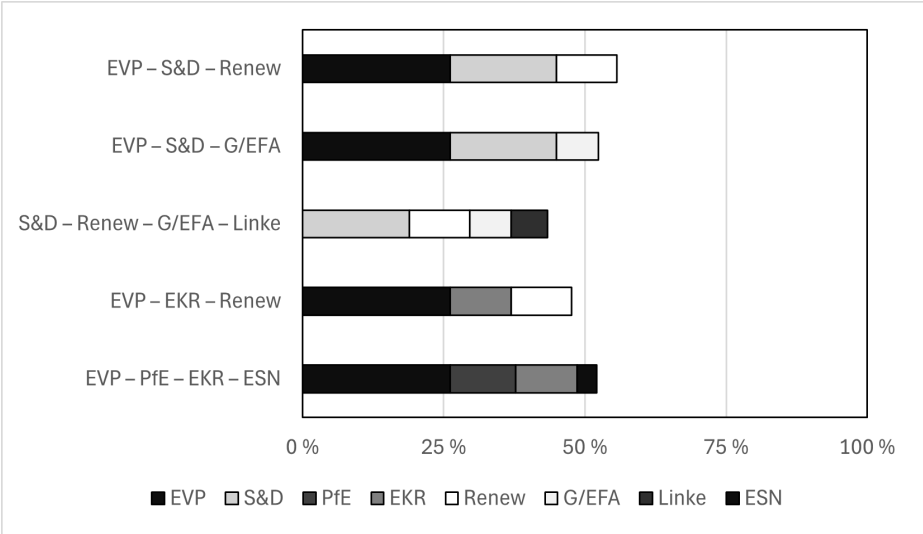
69 Vgl. Raphael Bossong/Nicolai von Ondarza: The Center Holds, But at What Cost?, in: Internationale Politik Quarterly 2/2024; François Hublet/Mattéo Lanoë/Johanna Schleyer: Spelling out the European center-right's dilemma: Renewal of the Grand coalition or National-Conservative Alliance?, Groupe d'études géopolitiques: Report June 2023.

70 U. a. veröffentlichten S&D, Renew, Grüne/EFA und Linksfraktion als Reaktion auf verschiedene rechtsextreme Gewalttaten gegen Wahlkämpfer:innen eine gemeinsame Erklärung, in der sie „alle demokratischen europäischen Parteien“ aufforderten, in ihren Wahlprogrammen „jede Normalisierung, Zusammenarbeit oder Allianz mit Rechtsaußen- und radikalen Parteien entschieden abzulehnen“. Vgl. S&D/Renew Europe/Grüne/EFA/Die Linke: Declaration from the S&D, RENEW, GREENS and THE LEFT European Parliament Political Group Leaders. Defence of Democracy, 8.5.2024, abrufbar unter: https://www.socialistsanddemocrats.eu/sites/default/files/2024-05/declarationleaders.sd_re_greens.theleft-5.pdf (letzter Zugriff: 8.10.2024). Übersetzung des Autors. Die EVP lehnte eine Beteiligung an der Erklärung ab, da diese nur „dem Wahlkampf einer bestimmten Fraktion“ diene. Zitiert nach Jorge Liboreiro: EPP refuses to sign joint statement denouncing political violence, in: Euronews, 8.5.2024. Übersetzung des Autors.

71 Zitiert nach Eddy Wax: Von der Leyen opens the door to Europe's hard right, in: Politico, 30.4.2024. Übersetzung des Autors.

72 Till Hoppe/Markus Grabitz: Vor der Wahl: Zweite Von-der-Leyen-Koalition steht, in: Europe.Table, 17.7.2024.

Abbildung 5: Sitzanteil möglicher Bündnisse im Europäischen Parlament nach der Europawahl 2024



Quelle: eigene Darstellung.

Fraktion. Kurz vor der Abstimmung kündigten die Grünen/EFA deshalb an, dass sie von der Leyens Wiederwahl unterstützen würden.⁷³ Umgekehrt vermied von der Leyen vor ihrer Wiederwahl öffentliche Zugeständnisse an die EKR-Fraktion, die daraufhin offenbar weitgehend geschlossen gegen sie stimmte.⁷⁴ Auch im Europäischen Rat stimmten die Italienerin Giorgia Meloni (FdI/EKR) und der Ungar Viktor Orbán (Fidesz/PfE) als einzige Regierungschef:innen nicht für eine zweite Amtszeit von der Leyens.⁷⁵

Obwohl die Wiederwahl von der Leyens also auf eine Stärkung der europäischen Großen Koalition hinwies, brachen die Konflikte um den Umgang mit den Rechtsaußenparteien bereits wenig später wieder auf. Bei der Besetzung der parlamentsinternen Ämter – wie Vizepräsidentenschaften und Ausschussvorsitzen – blockierten die Parteien der Mitte zwar geschlossen die Bewerber:innen der neuen PfE-Fraktion. In einigen Fällen stimmte die EVP jedoch zusammen mit den Rechtsaußenfraktionen, um EKR-Abgeordnete in Ämter

73 Virginie Malingre/Philippe Jacqué: Green votes secure Ursula von der Leyen re-election as president of the European Commission, in: Le Monde, 20.7.2024.

74 Die EKR-Fraktion gab für die Abstimmung keine offizielle Linie aus. Die Zahl der Stimmen für von der Leyen (401) lag allerdings deutlich unter der Summe der Sitze der vier Fraktionen, die sie offiziell unterstützten (454). Es muss also zahlreiche Abweichler:innen in EVP, S&D, Renew und Grünen/EFA gegeben haben, die gegen von der Leyen stimmten oder sich enthielten, und allenfalls sehr wenige Abgeordnete anderer Fraktionen, die für sie stimmten.

75 Bei der Vergabe der Spitzenjobs enthielt sich Meloni zu von der Leyen und stimmte gegen Costa und Kallas; Orbán stimmte gegen von der Leyen, aber für Costa und enthielt sich zu Kallas. Der tschechische Ministerpräsident Petr Fiala, dessen Partei ebenfalls der EKR angehört und der das Nominierungsverfahren zuvor öffentlich kritisiert hatte, stimmte im Europäischen Rat letztlich jedoch dafür. Vgl. Jorge Liboreiro: EU leaders agree top jobs, Meloni and Orbán hold out, in: Euronews, 27.6.2024; Jorge Liboreiro: Analyse: Warum Orbán, Meloni und Fiala über die EU-Spitzenposten verärgert sind, in: Euronews, 19.6.2024.

zu wählen.⁷⁶ Auch bei einzelnen anderen Beschlüssen, etwa einer Resolution zu Venezuela, kam es zu einer gemeinsamen Mehrheit der EVP und der Rechtsaußenfraktionen.⁷⁷ Eine schriftliche Vereinbarung mit den übrigen Fraktionen der Mitte, die eine solche Zusammenarbeit ausschließen würde, lehnte die EVP ab.⁷⁸

Damit wird deutlich, dass die EVP die Möglichkeit einer Mehrheitsbildung jenseits der Großen Koalition der Mitte wenigstens grundsätzlich aufrechterhalten will. Die Option einer breiten Rechtsaußenallianz mit EKR, PöE und ESN dürfte zwar weiterhin nur punktuell eine Rolle spielen. Alternativ kann die EVP jedoch auch versuchen, vermehrt EKR-Parteien in die Mehrheitsbildung im Rahmen der Großen Koalition einzubinden – was es ihr erlauben würde, bei Abstimmungen auf die Grünen/EFA sowie auf Abweichler:innen vom linken Flügel von S&D und Renew zu verzichten und damit den Schwerpunkt der Kompromissuche innerhalb der Großen Koalition insgesamt nach rechts zu verschieben. Eine solche Strategie setzt allerdings voraus, dass die anderen Fraktionen der Mitte sich bei Abstimmungen spalten lassen: Solange S&D und Renew geschlossen abstimmen, sind die EKR-Parteien für eine Mehrheit im Parlament weder notwendig noch hinreichend.

Was von der Europawahl bleibt

Die historischen Wahlerfolge von Rechtsaußenparteien in zahlreichen Mitgliedstaaten waren das herausragende und auch medial meistdiskutierte Merkmal der Europawahl 2024. Doch auch darüber hinaus brachte die Wahl vielfältige, wenn auch weniger markante Entwicklungen. So zeigte sich in Umfragen ein im Vergleich zu früheren Wahlen deutlich gesteigertes Interesse der Bevölkerung, auch wenn sich dieses nicht in einer höheren Wahlbeteiligung niederschlug. Zudem brachte die Wahl eine indirekte Stärkung des Spitzenkandidatenverfahrens: Zwar fanden die nominierten Kandidat:innen in der Öffentlichkeit erneut nur wenig Beachtung. Doch die schnelle Entscheidung für eine zweite Amtszeit Ursula von der Leyen als Kommissionspräsidentin nach der Wahl setzte ein klares Zeichen für die institutionelle Relevanz des Verfahrens und trug damit zu dessen weiterer Normalisierung bei.

Was den Rechtsruck selbst betrifft, bestehen dessen größte unmittelbare Folgen nicht in einem direkten Machtgewinn der Rechtsaußenparteien selbst: Obwohl sie in der Summe so stark wurden wie noch nie zuvor, bleiben sie mit einem guten Viertel der Sitze im Parlament weit von einer eigenen Mehrheit entfernt. Mit künftig drei statt zwei Fraktionen nimmt zudem auch die organisatorische Fragmentierung des Rechtsaußenlagers zu.

Allerdings führten die Zugewinne der Rechtsaußenparteien bei der Europawahl auch zu einer qualitativen Veränderung in der Debatte der anderen Parteien über den Umgang mit ihnen. Die Offenheit der EVP für eine flexible Zusammenarbeit mit einzelnen Rechtsaußenparteien – und punktuell auch für breite Rechtsbündnisse, um einzelne Entscheidungen gegen die anderen Fraktionen der Mitte durchzusetzen – dürfte für den Rest der Wahlperiode ein zentrales europapolitisches Thema bleiben und im Europäischen Parla-

⁷⁶ Max Grier: Serious healing needed in a Parliament on edge, in: Politico, 26.7.2024.

⁷⁷ Mared Gwyn Jones: Right-wing MEPs unite to recognise González as Venezuelan president, weakening cordon sanitaire, in: Euronews, 19.9.2024.

⁷⁸ Vgl. auch Manuel Müller: Majority-building in the next European Parliament. The case for a more formal coalition, Finnish Institute of International Affairs: FIIA Comment 5/2024.

ment für Misstrauen und Konflikte innerhalb der Großen Koalition sorgen. Jenseits des rein quantitativen Sitzgewinns der Rechtsaußenparteien könnte dieses Ende des Konsenses über die „Brandmauer“ bei der Bildung parlamentarischer Mehrheiten das wichtigste bleibende Erbe des Rechtsrucks bei der Europawahl 2024 werden.